

## Überprüfung Polizeiinspektorat 2024

# Bericht

### 0. Kurzfassung

Die GPK hat sich - unter Berücksichtigung des Milizsystems - mit der neuen Abteilung **Polizeiinspektorat** befasst.

Die Internet-Recherchen, die Auswertung von Unterlagen, Gespräche und Befragungen, sowie die Diskussionen in der GPK ergaben, dass die Abteilung - im zugewiesenen Aufgabenfeld - sehr gute Arbeit leisten.

Für die GPK war die Erreichbarkeit jederzeit gewährleistet, die Unterlagen wurden vollständig und fristgerecht eingereicht oder nachgereicht, auf Fragen wurde bereitwillig eingegangen und ehrliche Antworten erteilt.

Mit der Überführung der ehemaligen Stadtpolizei in die Kantonspolizei wurde mit dem Polizeiinspektorat eine neue Abteilung geschaffen, welche die kommunalen polizeilichen Aufgaben weiterhin wahrnimmt, den Rettungsdienst sicherstellt und neu die Einwohnerdienste führt.

*Eigentlich wollte die GPK bereits mögliche Auswirkungen der neuen Organisation – insbesondere auf die objektive Sicherheit in der Stadt und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bewohner und Bewohnerinnen ergründen und auch den möglichen Einsatz privater Sicherheitsdienste diskutieren. Allein dafür ist es noch zu früh und ist zu einem späteren Zeitpunkt - in Zusammenarbeit und Koordination mit der Polizei Kanton Solothurn - zu prüfen.*

Die GPK hat sich vertiefter mit dem neuen Aufgabenfeld Littering/Umwelt des Polizeiinspektorates auseinandergesetzt.

#### **Rechtmässigkeit und Ordnungsmässigkeit**

Aufgrund ihrer Prüfung stellt die GPK fest, dass alle Verrichtungen - soweit überhaupt rechtliche Grundlagen bestehen - rechtmässig, sehr gut und ordnungsgemäss geführt werden.

Insbesondere gefällt, dass der bisherige «lockere Umgang» bei der Bewilligung von Anlässen nunmehr rechtlich korrekt umgesetzt wird, ohne bürokratisch zu wirken.

#### **Zweckmässigkeit und Effizienz**

Die Dienstleistungen sind zweckmässig, effizient ("die Dinge richtig tun") und praxisbezogen organisiert.

#### **Effektivität und Zielkonformität**

Wie bei anderen Überprüfungen der GPK auch: Effektivität und Zielkonformität stehen in wechselseitiger Beziehung. Mit der Effektivität lässt sich beschreiben und beurteilen, ob eine Massnahme geeignet ist, ein vorgegebenes Ziel zu erreichen ("die richtigen Dinge tun"). Wenn keine politischen Ziele gesetzt sind, lassen sie sich auch nicht überprüfen.

## **Kernempfehlungen**

*Erstens* ist zu prüfen, ob

- die wesentlichen Regelungen des städtischen Polizeiwesens in einem Polizeireglement zusammenzufassen sind.
- die Bereiche «Schutz und Rettung» - umfassend, Polizeiinspektorat, Rettung, Feuerwehr und Zivilschutz (vgl. § 64 Gemeindeordnung) einschliesslich Einwohnerdienste - in einer Abteilung «Sicherheit» zusammengefasst und unter eine Leitung gestellt werden sollen.

*Zweitens* ist beim Kanton darauf hinzuwirken,

- die Aufgaben über den «ruhenden Verkehr» den Einwohnergemeinden zu übertragen und allfällige Bussen (zum Beispiel Parkbussen) bei Verstössen den Einwohnergemeinden zu überlassen.
- die Bussen bei illegaler Abfallentsorgung zu erhöhen.

*Drittens* ist das städtische Reglement über die Abfallentsorgung vom 29. September 1993 zu revidieren

*Viertens* empfiehlt die GPK, den Rettungsdienst in geeigneter Form zu verselbständigen. Dieser soll aber administrativ dem Polizeiinspektorat, bzw. einer neuen Abteilung Sicherheit zur Zusammenarbeit zugewiesen sein.

## 1. Auftrag

### 1.1. Zweck, Aufgaben und Befugnisse der Geschäftsprüfungskommission GPK

Die Geschäftsprüfungskommission GPK soll zur ordnungsgemässen und wirksamen Verwaltungsführung beitragen und das Vertrauen der Bevölkerung und des Gemeinderats in eine verlässliche Verwaltungsführung stärken oder gar Verbesserungen in der Verwaltung erreichen.

Gegenstand der Geschäftsprüfung ist die ordnungsgemässe Geschäftsführung nach den Kriterien der **Rechtmässigkeit, der Zweckmässigkeit, der Effektivität und der Zielkonformität**.

Rechtlich lässt sich die GPK hauptsächlich leiten von dem in der Gemeindeordnung niedergelegten Zweck einer Gemeinde und deren Aufgaben:

#### § 1 Geltungsbereich und Zweck

Diese Gemeindeordnung regelt:

- a) den Bestand und die Aufgaben der Gemeinde;
- b) die Rechtsstellung der Gemeindeangehörigen;
- c) die Organisation;**
- d) den Finanzhaushalt;
- e) das Beschwerderecht.

#### § 3 Aufgaben

- 1 Die Aufgaben der Stadt Grenchen ergeben sich aus der Gemeindeautonomie und der eidgenössischen und kantonalen Verfassungs- und Gesetzgebung.
- 2 Die Stadt Grenchen
  - a) regelt die Organisation und bestellt die Behörden und Verwaltungsorgane;
  - b) hält die öffentliche Sicherheit aufrecht;**
  - c) bietet eine den Fähigkeiten und Neigungen der Kinder entsprechende Bildung (Unterricht) an;
  - d) unterstützt ideelle und kulturelle Tätigkeiten sowie Freizeitaktivitäten;
  - e) fördert die Gesundheit der Einwohner und Einwohnerinnen;
  - f) sorgt für die öffentliche Wohlfahrt und soziale Sicherheit;
  - g) erstellt und unterhält eine Infrastruktur, welche die Energieversorgung und die Entsorgung sicherstellt;
  - h) schützt die Umwelt und verwirklicht eine Raumordnung, welche den Boden haushälterisch nutzt;
  - i) trifft Massnahmen, welche die kommunale Volkswirtschaft stärken;
  - j) strebt einen ausgeglichenen Finanzhaushalt an;
  - k) informiert aktiv über Belange der Stadt, welche die Öffentlichkeit betreffen.

Weitere Ausführungen zu den Aufgaben und Kompetenzen der GPK dürfen sich mittlerweile erübrigen.

## 2. Ausgangslage

Nach § 1 Absatz 1 des kantonalen Gesetzes über die Kantonspolizei vom 23.09.1990 (BGS 511.11) übt die Kantonspolizei die Funktionen der Sicherheits-, der Kriminal- und der Verkehrspolizei aus. Nach § 23 können die Einwohnergemeinden eigene Polizeiorgane (Gemeindepolizei oder Stadtpolizei) schaffen. Der Regierungsrat regelt Zusammenarbeit, Kompetenzabgrenzung und eine angemessene Abgeltung in einer Vereinbarung.

Die Stadt Grenchen hatte in § 65 der Gemeindeordnung unter dem Obertitel «Sicherheits- und Rettungsdienste» eine Stadtpolizei mit folgendem Wortlaut geschaffen:

- 1 Die Stadtpolizei sorgt für Sicherheit und Ordnung in der Stadt. Sie arbeitet mit der Kantonspolizei im Rahmen der Vereinbarung über die Zusammenarbeit und die Kompetenzabgrenzung zusammen.
- 2 Die Stadtpolizei erlässt Verkehrsmassnahmen und entscheidet über die Bewilligung von Betriebswegweisern. Sie ist für die Bewilligung von Veranstaltungen auf öffentlichem Grund zuständig und vertritt die Stadt gegenüber der Kantonalen Handels- und Gewerbepolizei. Sie ist ferner im Rahmen der entsprechenden Reglemente für die Belange der Marktpolizei und des Taxiwesens zuständig.
- 3 Der Gemeinderat bestimmt den Korpsbestand, erlässt ein Dienstreglement und regelt zusammen mit dem Regierungsrat die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei.
- 4 Der Gemeinderat wählt einen Polizeikommandanten oder eine Polizeikommandantin.

Vor allem wegen der ungenügenden Abgeltung der Aufwendungen an die Stadt Grenchen und unter dem herrschenden Spardruck liess der Gemeinderat im Juli 2021 eine Grobanalyse der Handlungsmöglichkeiten im Falle des städtischen Polizeikorps erarbeiten. Auf dieser Basis beschloss der Gemeinderat mit GRB Nr. 2822 vom 16. November 2021:

- Der Bericht von Martin O. Jäggi betreffend Entscheidungsgrundlagen für die künftige Ausrichtung der Stadtpolizei sowie die Stellungnahmen der Kommandanten der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Grenchen werden zur Kenntnis genommen.
- Die Vereinbarung über die Zusammenarbeit und die Kompetenzabgrenzung zwischen der Polizei Kanton Solothurn und den Stadtpolizeien Grenchen und Solothurn vom 19. November 2019 wird spätestens per 31. Dezember 2023 gekündigt oder im gegenseitigen Einverständnis früher.
- Es wird eine Arbeitsgruppe mit dem Auftrag eingesetzt, dem Gemeinderat einen Vorschlag betreffend die künftige Ausrichtung der Stadtpolizei zu unterbreiten.

Obwohl der Gemeinderat zuerst in Erwägung zog, einen Gemeindeversammlungsbeschluss zu erwirken oder gar eine Urnenabstimmung (Coronazeit) durchzuführen sei, wurde schliesslich darauf verzichtet.

Der Vorgang wurde in der Folge beschleunigt, weil der Gemeinderat den Zustand der Unsicherheit beim Personal der Stadtpolizei nicht länger hinausschieben wollte. So wurde schon mit GRB Nr. 2824 vom 01. Februar 2022 eine sogenannte «Vollverlagerung» mit folgender Regelung beschlossen:

- Der Übertragung des Vollzugs der polizeilichen Aufgaben an die Polizei Kanton Solothurn gemäss kantonalem Polizeigesetz und der damit verbundenen Aufhebung des städtischen Polizeikorps auf den 1. Januar 2023 wird zugestimmt.
- Die (entsprechenden) Stellen gemäss Vorlage werden per 31.12.2022 aufgehoben.
- ...
- Die Liste der künftigen verwaltungspolizeilichen Aufgaben der Stadt Grenchen gemäss Vorlage vom 12. Januar 2022 wird genehmigt.
- Dem Gemeinderat sind Anträge zur künftigen Organisation im ganzen Bereich Sicherheit (inkl. Rettung, Feuerwehr und Zivilschutz) und zu den in diesem Zusammenhang neu zu schaffenden oder anzupassenden Stellen vorzulegen.
- Die städtischen Reglemente sind anzupassen und den zuständigen Behörden vorzulegen.
- ...

Der Gemeinderat ging dabei mit grosser Mehrheit davon aus, dass für diesen Entscheid weder die Gemeindeversammlung vorgängig zu befragen, noch eine Urnenabstimmung durchzuführen sei. Politische Vorstösse wurden abgelehnt und auf eine angedrohte Beschwerde wurde verzichtet.

Mit GRB Nr. 2874 vom 05. April 2022 schuf der Gemeinderat die notwendigen neuen Stellen für die gemeindepolizeilichen Aufgaben ab 2023 (Rahmenstellenplan von total 500 Stellenprozenten)

Seit 1. Januar 2023 (Schalteröffnung schon 12. Dezember 2022) ist das neugeschaffene Polizeiinspektorat operativ tätig. Der detaillierte Aufgabenkatalog ergibt sich aus dem Funktionendiagramm vom 12. Januar 2022:

Aufgabenkatalog: Polizeiinspektorat Stadt Grenchen	
<b>1. Leitung / Administration / Logistik</b>	
1.1. Leitung Organisation	
1.2. Sekretariat, Administration, Statistik	
1.3. Planen und Durchführen von Ausbildungen	
1.6. Logistik, Bewirtschaftung Fahrzeuge, Material etc.	
<b>2. Verkehrspolizeiliche Kompetenzen + Aufgaben Stadtgebiet</b>	
<b>2.1. Verkehr: Planung (inkl. Mitarbeit Bau)</b>	
2.1.1. Mitarbeit in Fachkommissionen	
2.1.2. Parkraumplanung (Gemeindestrassen)	
2.1.4. Planen des rollenden und ruhenden Strassenverkehrs (Gemeindestrassen)	
2.1.6. Verkehrsmassnahmen (Planung bis und mit Beschlussfassung, Verfügungserlass), (Gemeindestrassen)	
2.1.8. Planen von temporären Verkehrsmassnahmen auf Gemeindestrassen	
2.1.9. Festlegung von Markierungen und Signalisationen auf Gemeindestrassen	
2.1.10. Sitzungen und Projekte mit Bauverwaltung	
2.1.11. Ausstellen von Sonderbewilligungen Gemeindestrassen	

2.1.14. Verfassen und publizieren Verkehrsanordnungen und Verfügungen (Gemeindestrassen)
2.1.16. Einsitz als Fachberatung in spezifischen Projekten der Bauverwaltung (Gemeindestrassen)
<b>2.2. Verkehr: Kontrolle / Bewirtschaftung Stadtgebiet</b>
2.2.1. Sicherheit und Ordnung im Strassenverkehr (Gemeindestrassen)
2.2.2. Bewirtschaftung Materialdepot
2.2.15. Stellen von temporären Signalisationen (Gemeindestrassen)
2.2.16. Stellen von temporären Signalisationen (Kantonsstrassen)
2.2.18. Abnahme und Kontrollen Baustellensignalisation (Gemeindestrassen)
2.2.20. Kontrolle/Unterhalt der Strassensignalisation (Gemeindestrassen)
2.2.24. Ticketautomaten: Bewirtschaftung, Unterhalt
2.2.25. Unterhalt Signalisationsmaterial
<b>3. Gewerbe und Handel</b>
3.1.2. Prüfen und Erteilen von Anlassbewilligungen gemäss WAG
3.1.3. Administration, Buchhaltung, Kostenberechnungen, Korrespondenzen, Rechnungsstellungen etc.
3.1.4. Sitzungen und Besprechungen mit Baudirektion (Baugesuche i.S Gastgewerbe)
3.1.5. Vollzug Gemeindebestimmungen Öffentlicher Grund
<b>3.2. Gastgewerbe</b>
3.2.6. Bewilligung Aussenwirtschaften
3.2.7. Kontrolle Aussenwirtschaften betreffend Einhaltung Auflagen
3.2.8. Rechnungsstellung Aussenwirtschaften
<b>3.3. Marktwesen Wochen- und Monatsmärkte</b>
3.3.1. Administrative Arbeiten (Buchhaltung)
3.3.2. Koordinationssitzungen planen und durchführen
3.3.3. Gesuche prüfen und bewilligen
3.3.4. Plan erstellen und kontrollieren
3.3.5. Plan für Standstellung durch Werkhof erstellen
3.3.6. Marktkalender führen und aktualisieren
3.3.7. Erstellen Druckaufträge und Versand
3.3.8. Zuteilungen vor Ort vornehmen
3.3.9. Kontrolle der Bewilligungen vor Ort
3.3.10. Marktgebühren einziehen
3.3.11. Kosten berechnen und Rechnungen versenden
3.3.12. Parkplatzregime Marktfahrer planen und Bewilligungen erstellen
3.3.13. Signalisationen stellen und einziehen
<b>3.4. Anlässe / Ausstellungen / öffentliche Plätze / Zirkusse</b>
3.4.1. Bewirtschaftung Marktplatz, Schwimmbadparkplatz und weitere
3.4.2. Führen einer öffentlichen Belegungsliste
3.4.3. Prüfung der Gesuche
3.4.4. Besichtigung vor Ort mit Antragsteller
3.4.5. Besprechungen mit Antragsteller
3.4.6. Detailabklärungen mit Partnern Strom, Wasser, Abfall etc.
3.4.7. Bewilligungskontrolle AWA
3.4.8. Augenschein vor Ort ob Einhaltung Auflagen
<b>3.5. Plakat- und Reklamewesen</b>
3.5.1. Gesuche prüfen und bewilligen
3.5.2. Plakatstände organisieren
3.5.3. Bei Reklamewesen APG Baugesuch prüfen und beurteilen
<b>3.6. Bewilligungen Öffentlicher Grund</b>
3.6.1. Eingehende Gesuche prüfen und bewilligen
3.6.2. Auflagen festlegen und kontrollieren
3.6.3. Partner wie Strom, Wasser, Abfall informieren
3.6.4. Rechnung stellen
3.6.5. Kontrolle vor Ort ob Auflagen eingehalten
<b>3.7. Pilzkontrolle</b>
3.7.1. Festlegung der Kontrolldaten
3.7.2. Kontakt mit Pilzkontrolleuren sicherstellen
3.7.3. Publikationen verfassen
3.7.4. Orientierung der angeschlossenen Gemeinden
3.7.5. Erstellen und Kontrolle Löhne und Aufwendungen Pilzkontrolleure
3.7.6. Kontrolle vor Ort über Arbeitsausführung
<b>4. Sicherheitspolizeiliche Aufgaben (Lokale Sicherheit)</b>
4.5. Vollzug Gemeindebestimmungen Sicherheit und Ordnung
4.19. Erteilung von Versammlungs- und Demonstrationsbewilligungen auf Gemeindegebiet
4.23. Bewirtschaftung und Umsetzung Fahrende (Fahrendenplatz)
4.24. Sicherung Sprechstunde Stadtpräsident
4.25. Kontaktbeamte Alarmanlagen stadteigene Gebäude und Institutionen / Sicherheits-App Schulen
<b>5. Kriminalpolizeiliche Aufgaben nach geltendem Aufgabenkatalog</b>
---

<b>6. Taxiwesen (Bewilligungen, Vollzug ARV)</b>
6.1. Umsetzung des städtischen Taxireglements/ Administration, Geschäftskontrolle
6.2. Lizenzgesuche prüfen und beantworten
6.3. Ausstellen von Taxiausweisen
6.4. Gebührenverrechnung und Rechnungsstellung
6.6. Geschäftskontrollen
6.7. Auswertung der Geschäftskontrolle
<b>7. Dienstleistungen zu Gunsten Stadtverwaltung</b>
7.1. Durchsetzen diverser Gemeindeverordnungen im Rahmen der Kompetenzen
7.2. Baum und Sträucherkontrolle im Auftrag Werkhof
7.3. Unterstützung der Einwohnerdienste und Bestattungsamt
<b>8. Dienstleistungen zu Gunsten Dritter</b>
8.3. Beratung Besitzer privater Plätze bezüglich Markierungen/Signalisationen
8.4. Vermietung von Marktständen an Private
8.5. Vermietung von Signalisationen an Private
8.7. Abgabe und Verwaltung Energiekarte SWG
<b>9. Schalter und Telefon</b>
9.6. Bewirtschaftung + Abgabe Anwohner-, Tages- und Parkkarten
9.7. Beratung Parking-App
9.8. Telefon und Meldungseingänge
9.10. Führen der Kasse
9.11. Entgegennahme Todesmeldungen für Bestattungsamt

In Abgrenzung zu den Aufgaben des Polizeiinspektorates wurden die rückübertragenen Aufgaben der Stadtpolizei an die Kantonspolizei SO ebenfalls in einem Funktionendiagramm vom 12. Januar 2022 festgehalten:

<b>Aufgabenkatalog: Kantonspolizei SO</b>
= künftig von der Polizei Kanton Solothurn zu erbringen
<b>1. Leitung / Administration / Logistik</b>
1.4. Ordnungsbussenverwaltung /Registrierung Mahn- und Anzeigewesen
1.5. Bearbeitung und Verwaltung Geschwindigkeitskontrollen /Registrierung Mahn- und Anzeigewesen
<b>2. Verkehrspolizeiliche Kompetenzen + Aufgaben Stadtgebiet</b>
<b>2.1. Verkehr: Planung (inkl. Mitarbeit Bau)</b>
2.1.3. Parkraumplanung (Kantonsstrassen)
2.1.5. Planen des rollenden und ruhenden Strassenverkehrs (Kantonsstrassen)
2.1.7. Verkehrsmassnahmen (Planung bis und mit Beschlussfassung, Verfügungserlass), (Kantonsstrassen)
2.1.12. Ausstellen von Sonderbewilligungen Kantonsstrassen
2.1.13. Verkehrsspezifische Planungen für Grossanlässe der Gemeinde: Flugshow, MIA, Strassenfeste, Fasnacht, Chüribisnacht etc.
2.1.15. Verfassen und publizieren Verkehrsanordnungen und Verfügungen (Kantonsstrassen)
2.1.17. Einsitz als Fachberatung in spezifischen Projekten der Bauverwaltung (Kantonsstrassen)
2.1.18. Grenchenbergstrasse, Änderung Signalisation, Sperrungen, Betrieb Lichtsignalanlage, Kontrolle Einhaltung Verkehrsregime
<b>2.2. Verkehr: Kontrolle / Bewirtschaftung Stadtgebiet</b>
2.2.3. Sicherheit und Ordnung im Strassenverkehr (Kantonsstrassen)
2.2.4. Ausstellen von Ordnungsbussen (Gemeindestrassen)
2.2.5. Ausstellen von Ordnungsbussen (Kantonsstrassen)
2.2.6. LSA-Kontrollen (Gemeindestrassen)
2.2.7. Geschwindigkeitskontrollen (Gemeindestrassen)
2.2.8. Geschwindigkeitskontrollen (Kantonsstrassen)
2.2.9. Einzug Velo und Mofas Fahrzeugdelikte inkl. Vermittlung
2.2.10. Einzug von Kontrollschildern
2.2.11. Regeln, Überwachen und kontrollieren des rollenden und ruhenden Strassenverkehrs (Gemeindestrassen)
2.2.12. Regeln, Überwachen des kontrollieren des rollenden und ruhenden Strassenverkehrs (Kantonsstrassen)
2.2.13. Überwachung der Schulwege
2.2.14. Anzeigewesen im Verkehr
2.2.17. Verkehrsdienste bei Veranstaltungen und Anlässe
2.2.19. Abnahme und Kontrollen Baustellensignalisation (Kantonsstrassen)
2.2.21. Kontrolle/Unterhalt der Strassensignalisation (Kantonsstrassen)
2.2.22. Kontrolle/Unterhalt automatischer Signalanlagen (LSA), (Gemeindestrassen)
2.2.23. Kontrolle/Unterhalt automatischer Signalanlagen (LSA), (Kantonsstrassen)
2.2.26. Verkehrsinstruktion Schulen: Radfahrerprüfung, Verkehrsnachschulungen
2.2.27. Verkehrsunfallaufnahme
<b>3. Gewerbe und Handel</b>
3.1.1. Vollzug und Ahndung Wirtschafts- und Arbeitsgesetz

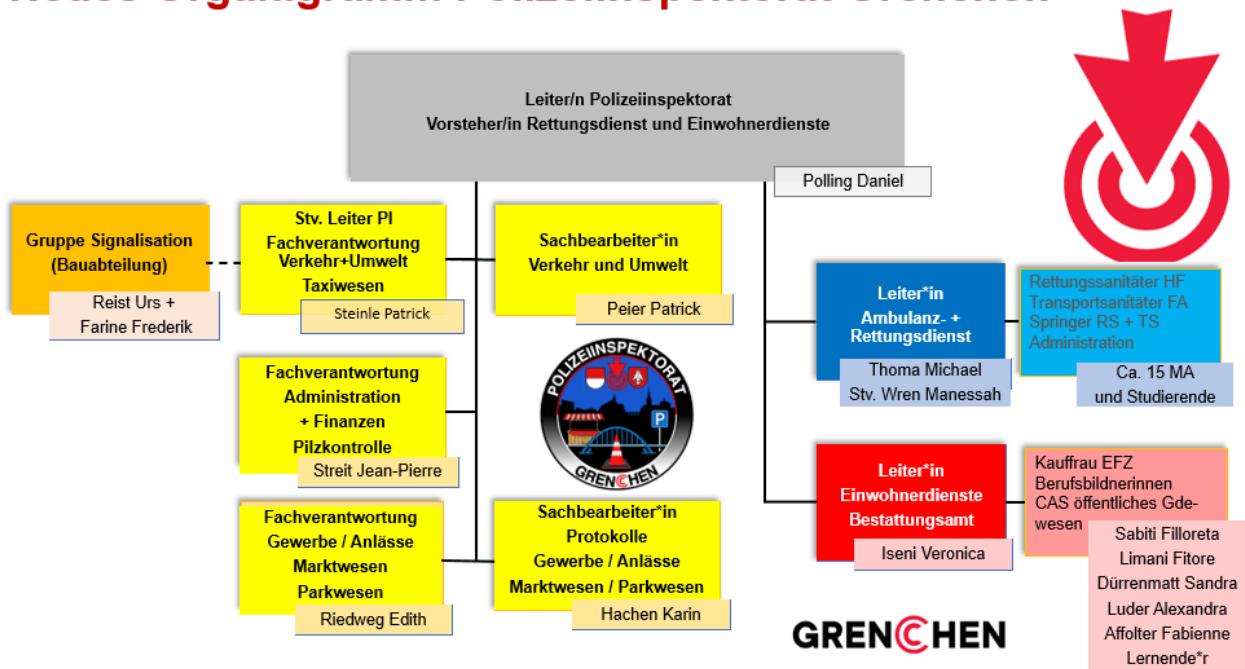


<b>3.2. Gastgewerbe</b>
3.2.1. Führen der Liste Wirtschaftsbetriebe mit Patenten
3.2.2. Freinachtbewilligungen erteilen
3.2.3. Punktuelle Kontrolle der Einhaltung von Patentaufgaben vor Ort (Freinacht, Alkoholausschank, Schliessungszeit, Spielautomaten etc.)
3.2.4. Punktuell und unterstützend Raucherkontrollen durchführen
3.2.5. Aufträge AWA entgegennehmen und Kontrollen durchführen
<b>3.3. Marktwesen Wochen- und Monatsmärkte</b>
---
<b>3.4. Anlässe / Ausstellungen / öffentliche Plätze / Zirkusse</b>
---
<b>3.5. Plakat- und Reklamewesen</b>
---
<b>3.6. Bewilligungen Öffentlicher Grund</b>
---
<b>3.7. Pilzkontrolle</b>
---
<b>4. Sicherheitspolizeiliche Aufgaben (Lokale Sicherheit)</b>
4.1. Patrouillen Kapo
4.2. Friedlicher Ordnungsdienst
4.4. Unfriedlicher Ordnungsdienst
4.6. Kontrolle und Umsetzung Littering
4.7. Vollzug und Ahndung Umweltschutzgesetzgebung
4.8. Zustellung von amtlichen Dokumenten Betreibungen / Verfügungen
4.9. Exmissionen
4.10. Sargversiegelung bei Transporten ins Ausland
4.11. Präventive Fusspatrouillen auf Stadtgebiet
4.12. Kontrollen Ladenöffnungszeiten / Abendverkäufe / Sonntagsverkäufe
4.13. Ahndung von Lärmemissionen auf öffentlichem Grund
4.14. Vollzug und Ahndung Tierschutzgesetzgebung / Hundegesetz
4.15. Vermitteln von zugelaufenen Tieren (Hunde, Katzen, Bienen)
4.16. Vollzug Wegweisungen und Fernhaltungen ganze Stadt
4.17. Verfolgung und Ahndung Betäubungsmittelgesetz Übertretungsbereich
4.18. Verfolgung und Ahndung aller Delikte im Ausländergesetz (AUG)
4.20. Vollzug Tatbestände EG zum ZGB
4.21. Polizeigewahrsam nach Art. 31 KapoG
4.22. Wegweisung / Rückkehrverbot Häusliche Gewalt
4.26. Vollzug und Ahndung BG über Waffen
4.27. Festnahme von Personen
4.28. Identitätsüberprüfungen
4.29. RIPOL Überprüfungen
4.30. Personenkontrollen
4.31. Unterhalt Überwachungsanlagen
4.32. Bewirtschaftung von Brennpunkten
4.33. Quartierprävention und Aktionen im Bereich EBDS, Sachbeschädigung, DS
4.34. Instruktion Mobilität im Alter
4.35. Instruktion an Schulen im Bereich Sicherheit
4.36. Unterstützung Kontrollen öffentlicher Verkehr
4.37. Kontaktbeamte Schulen (Prävention, Handy, Internet, Mobbing...)
<b>5. Kriminalpolizeiliche Aufgaben nach geltendem Aufgabenkatalog</b>
5.1. Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben
5.2. Handlungen gegen Ehre etc.
5.3. Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit
5.4. Strafbare Handlungen gegen das Vermögen
5.5. Hausdurchsuchungen
5.6. Aufnahme von EBDS (Einbruchdiebstahl)
5.7. Strafbare Handlungen gegen die öffentliche Gewalt
<b>6. Taxiwesen (Bewilligungen, Vollzug ARV)</b>
6.5. Kontrolle der Arbeits- und Ruhezeit
<b>7. Dienstleistungen zu Gunsten Stadtverwaltung</b>
7.4. Ermittlungen und Anzeigen bei illegaler Abfallentsorgung
7.5. Beratung der politischen Behörde bei Anlässen auf Stadtgebiet
7.6. Bewilligung, Kontrolle und Durchsetzung Umweltverordnung
<b>8. Dienstleistungen zu Gunsten Dritter</b>
8.1. Anlassberatung OK' s sowie Planung gemeindespezifischer Anliegen bei Anlässen wie: Fasnacht / Chüribisnacht, MIA, Grenchnerfest, Rock am Märtpplatz, 1. August, 1. Mai etc.
8.2. Kontrollen Warenhäuser - Laden-DS
8.6. Verkehrsdienst-Ausbildung Feuerwehr

9. Schalter und Telefon
9.1. Entgegennahme "Sicherheits"- Anliegen Bevölkerung
9.2. Entgegennahme von Anzeigen
9.3. Bewirtschaften städtisches Fundbüro
9.4. Vermitteln von sichergestellten Velos und Mofas
9.5. Entgegennahme, Bearbeitung Anzeigen gemäss Gemeindeverordnung (Friedensrichter)
9.9. Entgegennahme Fundgegenstände und Registrierung
9.12. Entgegennahme von Bussen
9.13. Aushändigung Betreibungen, amtliche Dokumente, Vorführungen etc.

Dem Polizeiinspektorat wurden - wie bisher bei der Stadtpolizei - der Rettungsdienst und neu die Einwohnerdienste unterstellt

## Neues Organigramm Polizeiinspektorat Grenchen



### 3. Umfang der Überprüfung und Vorgehen

#### 3.1. Umfang

Die GPK hat sich entschieden, diese Abteilung - zum Beispiel *im Gegensatz zu den bereits durchgeführten Audits zum Personalwesen und zur Informatik* - nicht mittels Auditverfahren einer vertieften Untersuchung zu unterziehen, sondern vor allem die strukturelle Organisation zu überprüfen.

Die GPK hat sich dabei auf die verwaltungsinterne Organisation beschränkt.

Die GPK setzte sich *nicht* auseinander mit den aktuellen Ergebnissen der Kriminalstatistik 2023 (sh. Verwaltungsbericht 2023 S. 46) und der Aufgabenerfüllung der Kantonspolizei Region Grenchen oder mit dem Einsetzen privater Sicherheitsdienste. Dadurch fehlt es an Aussagen zur generellen Sicherheitslage in Grenchen und zur Zusammenarbeit zwischen Kantonspolizei und Polizeiinspektorat seit der Neuorganisation der Polizei. Zweifellos ist diese Prüfung in den nächsten Jahren nachzuholen, wenn sich die Auswirkungen der Aufgabentrennung, bzw. Neugestaltung konsolidiert haben.

Einer näheren Prüfung zu unterziehen sind zu einem späteren Zeitpunkt der Rettungsdienst und die Einwohnerdienste.



Die GPK berücksichtigt insbesondere auch die im Verwaltungsbericht und im Internet veröffentlichten Handlungsfelder der überprüften Dienste. Daraus ergeben sich systematisiert folgende Prüf- und Fragenraster:

### 3.2. Vereinfachte Prüfmatrix Polizeiinspektorat mit unterstellten Bereichen

	<b>A. Rechtsgrundlagen</b> <b>Organigramm - Führung</b> <b>Personal - Administration</b> <b>Finanzen</b>	
<b>B. Verkehrsmassnahmen - Signalisation</b>	<b>C. Parkraum</b>	<b>D. Taxiwesen</b>
<b>E. Anlässe - Bewilligungen</b>	<b>F. Gewerbe</b> <b>Markt - Pilzkontrolle</b>	<b>G. Littering (Umwelt)</b>
<b>H. Rettungsdienst</b>	<b>I. Einwohnerdienste:</b> <b>Empfang - Einwohnerkontrolle - Bestattungswesen</b>	<b>J. start.integration</b>

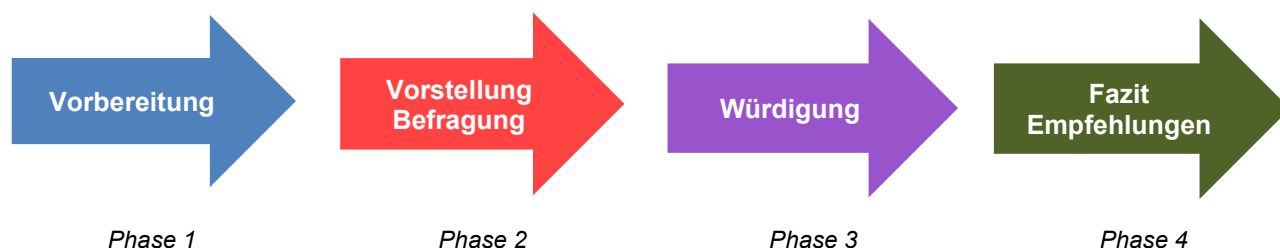
Die GPK hat sich dabei auf folgende Elemente gestützt:

- Auswirkungen auf die Einwohner/innen
- Erwartungshaltung und Anregungen der Abteilungen/Bereiche
- rechtmässige, zweckmässige und wirkungsorientierte Abläufe (Prozesse)
- haushälterischen Umgang mit den finanziellen Mitteln
- Aufbau der Organisation (Strukturen)
- Aufnahme neuer Trends und Entwicklungen,
- Umsetzung von Verbesserungen und Erneuerungen

*(nach einem vereinfachten Modell des Balanced Scorecard BSC)*

### 3.2. Vorgehen

Die GPK wählte folgendes Vorgehen:



## 4. Vorbereitung Phase 1

Als Basis orientierte sich die GPK hauptsächlich an

- einer thematischen Internet-Recherche und Vergleichen mit anderen Gemeinwesen
- den Verwaltungsberichten 2022/2023
- der Selbstdeklaration 2022 der Abt (Unterlagen GPK - nicht öffentlich)
- Organisationsregelungen der geltenden Gemeindeordnung vom 16. Februar 1993 (Fassung vom 20. Juni 2023; BRS 100; GO)
- einschlägigen Beschlüssen des Gemeinderates und entsprechenden Vorlagen
- weiteren Grundlagen und Dokumenten
  - Reglemente
  - Organigramm/e
  - Aufgaben- und Stellenbeschriebe
  - Funktionendiagramm, Stellvertretung, Kompetenzregelungen (in Abgrenzung zu den Abteilungen und anderen Dienststellen),
  - Unterschriftenregelung
  - Weitere Dokumente, soweit vorhanden und eingereicht

## 5. Vorstellung und Befragung Phase 2

### 5.1. Vorstellung - Allgemein

An der Vorstellungssitzung vom 17. April. 2024 mit Präsentation durch Daniel Polling nahmen alle Mitglieder der GPK teil. (Unterlagen GPK PowerPoint-Präsentation - nicht öffentlich). Das Verfahren wurde erläutert.

### 5.2. Befragung

Die GPK befragte den Abteilungsleiter gleich nach der Vorstellung seines Aufgabengebietes an ihrer Sitzung vom 17. April 2024 mit generellen Fragen zu seinem Aufgabengebiet (Resultate ergeben sich aus dem Sitzungsprotokoll vom 17. April 2024 - nicht öffentlich).

Am 22. Juli 2024 fand mit einem GPK-2er-Teams eine weitere Besprechungs- und Befragungsrunde von 1.5 Stunden vor Ort statt. Die Ergebnisse wurden in einer Besprechungsnotiz festgehalten (Unterlagen GPK - nicht öffentlich).

## 6. Würdigung Phase 3

Die GPK ist davon überzeugt, dass der Start «Neuorganisation der polizeilichen Aufgaben» in der Stadt Grenchen geglückt ist. Retrospektiv kann festgestellt werden, dass die neue Ausgestaltung umfassend und sehr gut vorbereitet wurde.

Einzig die Frage, welches kommunale Organ die Überführung der Stadtpolizei hin zum nunmehrigen Polizeiinspektorat und die Rückübertragung der polizeilichen Aufgaben an die Kantonspolizei zu beschliessen habe, führte zu Diskussionen.

Die GPK hat sich im vorliegenden Überprüfungsverfahren nicht vertieft mit der Zuständigkeitsfrage über die Neuausrichtung der Stadtpolizei auseinandergesetzt. Es lassen sich sowohl Gründe dafür finden, mit der Kündigung der Vereinbarung zwischen Kanton und Stadt durch den Gemeinderat und der nachträglichen zeitnahen Anpassung der Gemeindeordnung sei der Kompetenzordnung Genüge getan, als auch Gründe, welche dafür sprechen, zuerst die Gemeindeordnung über die Gemeindeversammlung (allenfalls auch mit Urnenabstimmung) entsprechend anzupassen und erst danach die

Kündigung der Leistungsvereinbarung und die Neuorganisation an die Hand zu nehmen. Ein Vorgehen, das der Gemeinderat auf Grund der damaligen Unterlagen an seiner Sitzung vom 16. November 2021 selbst in Erwägung zog. Ein Weg auch, den aktuell die Stadt Solothurn (GR-Sitzung Stadt Solothurn vom 20.08.2024; Gemeindeversammlung vom 28. Oktober 2024) unter gleichen Voraussetzungen wählte.

Mit GVB Nr.1169 vom 23. Juni 2023 wurden schliesslich durch die Gemeindeversammlung zeitnah Titel und § 65 der Gemeindeordnung neu wie folgt gefasst:

§ 65 Gemeindepolizeiliche Aufgaben

1 Für die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung nimmt die Stadt Aufgaben im Rahmen der Gemeindekompetenzen wahr. Dazu gehören u.a. die Regelung der Nutzung des öffentlichen Grunds, wirtschaftspolizeiliche Aufgaben, Verkehrsmassnahmen.

2 Soweit für solche Aufgaben nicht ein anderes Organ oder eine andere Verwaltungsstelle zuständig ist, werden sie durch das Polizeiinspektorat besorgt.

Damit wurde die Reorganisation des Polizeiwesens formell abgeschlossen.

Mit der Auswahl und Anstellung eines neuen Leiters des Polizeiinspektorates konnte eine Persönlichkeit gefunden werden, welche anpackt, Prozesse klar und neu definiert, offen kommuniziert, durchsetzungsfähig ist und auch Verantwortung für sein Handeln übernimmt.

Die überprüften Leistungsfelder des Polizeiinspektorates i.e.S. sind gut strukturiert. Die Aufgabenerledigung erfolgt - nach Feststellung der GPK - rechtmässig, ordnungsgemäss, lösungsorientiert und zeitgerecht.

Eine detailliertere Darstellung pro Leistungsfeld ergibt sich unter der folgenden Ziffer 7. Fazit und Empfehlungen.

## 7. Fazit und Empfehlungen *Phase 4*

### "11 Punkte-Plan"

#### Allgemeine Stellungnahme Stadtpräsident und Leitung der Abteilung

Der Bericht wurde am 30. Oktober 2024 mit dem Stadtpräsidenten und dem Leiter Polizeiinspektorat (mündliche Stellungnahme) diskutiert. Beide begrüssen grundsätzlich den Bericht, der eine "Aussensicht" auf die Organisation und die Prozesse des neuen Polizeiinspektorates werfe.

Es liege in der Natur der Sache, dass die Verantwortlichen der städtischen Verwaltung einzelne Punkte aus einem anderen Blickwinkel betrachten würden. Im Wesentlichen seien sie aber mit den vorgeschlagenen Empfehlungen einverstanden, deren Umsetzungen und politische Machbarkeit allerdings näher geprüft werden müssten.

Abweichende inhaltliche oder sprachliche Auffassungen konnten - von zwei Ausnahme abgesehen - einvernehmlich direkt im Bericht bereinigt werden.

Der Stadtpräsident hält dezidiert fest, dass die Neuorganisation des Polizeiwesens juristisch korrekt abgelaufen sei und allfällige Zweifel am Verfahren nicht angebracht seien.

Nicht einverstanden ist der Stadtpräsident mit der Empfehlung 3, den Zusammenschluss von Polizeiinspektorat, Rettung, Feuerwehr und Zivilschutz («Blaulichtorganisationen») unter eine «Abteilung Sicherheit» zu prüfen. Dieses Modell hätte es in Vorjahren bereits gegeben, aber nicht den erhofften Erfolg gezeitigt.

#### A. Rechtsgrundlagen - Organigramm - Führung - Personal - Administration - Finanzen

##### Fazit

Es gibt eine Vielzahl von Reglementen, welche die ehemalige Stadtpolizei mit Aufgaben betrauen oder ermächtigen, Gebühren zu erheben. Diese Kompetenzen sind zum grössten Teil auf das Polizeiinspektorat übertragen worden.

Hier eine Auflistung der wesentlichen Reglemente, soweit sie im Webauftritt «Stadt Grenchen» unter der Rubrik «Reglemente» veröffentlicht sind:

- 510 GV - Reglement über den Gebührenbezug durch die Stadtpolizei vom 24. Juni 1993
- 511 GR - Tarif für das Anbringen von Bodenmarkierungen, die Leihgebühren für Absperr- und Signalisationsmaterial und die Abgabe von Ölbindemitteln vom 28. September 1993
- 530 GV - Taxireglement vom 20. Juni 1996
- 540 GV - Marktreglement vom 12. Dezember 2002
- 541 GR - Freinachtregelung vom 19. Januar 2016
- 542 GR - Reglement über Anlassbewilligungen und die Einzelausnahmebewilligung für Wirtschaftsschluss vom 19. Januar 2016
- 611 GV - Reglement über die Erhebung einer Beherbergungsabgabe vom 27. Juni 1984
- 740 GV - Reglement über die Benützung der öffentlichen Parkplätze vom 13. Dezember 2001
- 741 GR - Ausführungsbestimmungen über das unbeschränkte Parkieren auf Flächen mit Parkscheibenpflicht (Anwohnerprivilegierung) vom 29. Januar 2002
- 742 GR - Parkgebührenordnung vom 2. Juli 2002 (Stand 2020)
- 743 GR - Sonderbewilligungen für Handwerker, Servicemonteurs usw. zum Abstellen von Fahrzeugen auf Parkfeldern mit Zeitlimit sowie auf zum Anhalten, nicht aber zum Parkieren freigegebenem, öffentlichem Strassengebiet vom 25. März 1997

Zwar gilt § 84<sup>bis</sup> der Gemeindeordnung vom 16. Februar 1993, Stand: 20. Juni 2023 folgende Übergangsbestimmung:

Wo in Reglementen der Stadt Grenchen bezüglich gemeindepolizeilichen Aufgaben die Zuständigkeit der Stadtpolizei zugeteilt ist, ist neu das Polizeiinspektorat zuständig.

Die Änderungen der Rechtsgrundlagen im Zusammenhang mit der Neuorganisation sind jedoch seit mehr als einem Jahr vorbereitet. Offenbar ist die Weiterbearbeitung bei der Stadtschreiberin in der «Warteschlaufe».

Das Organigramm ist, was das Polizeiinspektorat betrifft, stark aufgabenorientiert gestaltet; Rettungsdienst und Einwohnerdienste wirken eher als «Seitenwagen, denn als integrierter Teil des Motorrades». Die Führung ist installiert und anerkannt. Die Personalsituation und finanzielle Dotation sind situativ zu beurteilen und werden im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Neuorganisation nach einer Konsolidierungsphase in rund zwei Jahren erneut zu überprüfen sein.

In diesem Zusammenhang kann gleichzeitig geprüft werden, ob die Bereiche «Schutz und Rettung» umfassend Feuerwehr, Polizeiinspektorat, Rettungsdienst und Zivilschutz, einschliesslich Einwohnerdienste wieder in einer Abteilung «Sicherheit» unter eine Leitung gestellt werden sollen.

Im Rahmen von Weiterbildungen scheinen offenbar noch Regelungen zu greifen, welche als Kompensation von einer Rückzahlungsverpflichtung von bis zu 8 Jahren ausgehen. Eine solche Frist erscheint der GPK zu lang.

### Empfehlungen

1. Die vorbereiteten rechtlichen Änderungen sind unverzüglich weiter zu bearbeiten und der zuständigen Behörde zur Beschlussfassung zu unterbreiten.
2. Die wesentlichen Regelungen sind in einem Polizeireglement zusammenzufassen.
3. Das Organigramm ist zu überarbeiten. Gleichzeitig ist zu prüfen, ob die Bereiche «Schutz und Rettung», umfassend Polizeiinspektorat, Rettung, Feuerwehr und Zivilschutz (vgl. § 64 Gemeindeordnung) einschliesslich Einwohnerdienste in einer Abteilung «Sicherheit» zusammengefasst und unter eine Leitung gestellt werden sollen.
4. Die Dauer der Rückzahlungsverpflichtung bei Weiterbildungen ist zu überprüfen.

## B. Verkehrsmassnahmen - Signalisation

### Fazit

Verkehrsmassnahmen und auch Verkehrssignalisationen sind in Bevölkerungsgruppen, beim Gewerbe, bei Anwohner- und Anwohnerinnen, sowie in der Politik oft umstritten. Hier geht es um eine klare Linie - sei es bei der Festlegung von Parkplätzen, Parkgebühren, Umsetzung von Begegnungszonen, 30er-Zonen, Sperrung von Durchfahrten, Umleitungen, Signalisation bei Baustellen. Hier stellt sich die Frage, ob all diese Einzelentscheide auf der Basis geltender Rechtsgrundlagen von einer einzelnen Person oder einem Gremium zu treffen sind.

Die Stadt Grenchen hat sich vor Jahren dafür entschieden, die Polizeikommission aufzuheben und die Kompetenz dem damaligen Polizeikommandanten und jetzt dem Leiter des Polizeiinspektorates zu übertragen. Für die meisten Fälle, die in der Regel schnell entschieden und nicht zuvor «zerredet» werden sollen, erweist sich die getroffene Lösung als zielführend.

Es sind keine Empfehlungen zu formulieren.

## C. Parkraum

### Fazit

Die Parkraumbewirtschaftung ist - nebst baurechtlichen Vorgaben - im Reglement über die Benützung der öffentlichen Parkplätze vom 13. Dezember 2001 (Stand: 1. Januar 2017) geregelt. Ziel und Zweck sind in § 1 umschrieben:

- 1 Um die Verfügbarkeit der öffentlichen Parkplätze zu gewährleisten, zum Schutze insbesondere der Wohnquartiere vor Lärm und Luftverschmutzung, zur Entlastung der Strassen, Plätze und Quartiere vom Autoverkehr und namentlich zur Eindämmung des Pendlerverkehrs kann das Abstellen von leichten Motorwagen auf öffentlichen Parkplätzen örtlich und zeitlich beschränkt sowie der Bewilligungs- und Gebührenpflicht unterstellt werden.
- 2 Als öffentliche Parkplätze gelten der Abstellraum auf öffentlichen Strassen und Plätzen und auf Parkfeldern, die im Nutzungsrecht der Stadt Grenchen stehen und für die Öffentlichkeit zugänglich sind.
- 3 Für die öffentlichen Parkplätze im Parkhaus Coop Super Center gelten die Bestimmungen des Dienstbarkeitsvertrags vom 30. September 1999 und der Vereinbarung vom 27. Februar/10. März 1998 zwischen der Genossenschaft Coop Bern und der Stadt Grenchen, für diejenigen des Migros-Multimarkts die Bestimmungen des Vertrages vom 27. Februar/1. Juni 2001 zwischen der Genossenschaft Migros Aare und der Stadt Grenchen.

Die Parkgebühren richten sich nach der kommunalen Parkgebührenordnung (Stand 2020):

Die Bewirtschaftung des Parkraumes erscheint zweckmässig. Dabei stellt sich für die GPK die Frage, ob nicht auf dem gesamten Stadtgebiet für Kurzzeit-Verrichtungen (Einkauf beim Metzger, Bäcker, Obliegenheiten bei Post und Bank) in geeigneter Form eine Gratis-Parkdauer eingeführt werden könnte (im Coop-Parking ist die erste Stunde gratis). Wegen der Kontrolle ist aber der Gang zur Parkuhr oder die Verwendung von Parking Pay etc. wohl kaum zu vermeiden.

Für die GPK ist auch stossend, dass die Parkraumbewirtschaftung bei der Gemeinde, aber die Kontrolle des «ruhenden Verkehrs» beim Kanton liegt und damit auch allfällige Bussen an den Kanton fließen.

### Empfehlungen

5. Es ist zu prüfen, auf dem gesamten Stadtgebiet für Kurzverrichtungen in geeigneter Form eine Gratis-Parkdauer einzuführen.
6. Beim Kanton ist ein Vorstoss einzuleiten, den «ruhenden Verkehr» den Einwohnergemeinden zu übertragen und allfällige Bussen (zum Beispiel Parkbussen) bei Verstössen den Einwohnergemeinden zu überlassen.

## D. Taxiwesen

### Fazit

Nach dem Taxireglement vom 20. Juni 1996 (Stand: 1. Juli 2003) gilt nach § 2

- 1 Für die Ausübung des Taxigewerbes bedarf es einer Konzession.
- 2 Die Konzession darf nur Personen erteilt werden, die handlungsfähig sind, einen guten Leumund besitzen und für eine einwandfreie Geschäftsführung Gewähr bieten.
- 3 Die Konzession kann verweigert werden, wenn nicht genügend Standplätze auf öffentlichem Grund zur Verfügung stehen.

Die Umsetzung bereitet keine Probleme. Nur in Einzelfällen versuchten «auswärtige» Taxiunternehmen selbst oder gebucht über Eventveranstalter Taxidienste in Grenchen anzubieten. Diese Einzelfälle konnten einvernehmlich gelöst werden.

Es sind keine Empfehlungen zu formulieren.



## E. Anlässe - Bewilligungen

Für Anlässe gilt das Reglement über Anlassbewilligungen und die Einzelausnahmebewilligung für Wirteschluss vom 19. Januar 2016. Auch wenn die Voraussetzungen klar geregelt sind, war beim Stellenantritt des neuen Polizeiinspektors ein gewisser «Wildwuchs» zu verzeichnen, indem Abmachungen nicht immer schriftlich, sondern mündlich oder auf Zusehen hin erteilt wurden. Die GPK konnte sich vergewissern, dass das Bewilligungsverfahren nunmehr in geordneten Bahnen verläuft und unbürokratisch und rasch durchgeführt wird.

Zwischenzeitlich wurde vom Polizeiinspektorat auch eine «Benutzer-Information» zum Marktplatz Grenchen (ohne Datum) erstellt. Ebenso sind ein Merkblatt zum Verkauf und Werbeverbot betreffend Tabakwaren und Alkohol und ein Infoblatt Nikotinprodukte des Departementes des Innern Kanton Solothurn Bestandteil der Bewilligung.

Am Beispiel der Anlassbewilligung zu Grenchner Fest 2024 (Unterlagen GPK - nicht öffentlich) ist ersichtlich, dass die Verfügung gut strukturiert und inhaltlich klar ist. Auch die integralen Beilagen klären Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten

- Merkblatt Verkauf und Verbot betreffend Tabakwaren und Alkohol
- Infoblatt Nikotinprodukte
- Benutzer-Information Marktplatz
- Sicherheitskonzept Grenchner Fest vom 08.07.2024
- Verkehrskonzept Grenchner Fest vom 03.07.2024
- Reglement OK Grenchner Fest vom 02.07.2024
- Plan Festgelände/Infrastruktur vom 18.07.2024

Die in der Öffentlichkeit gelegentlich monierte Pflicht zur Benutzung von Mehrweggeschirr bezieht sich auf § 4 Absatz 3 des geltenden Reglements aus dem Jahre 2016 (!) und wird in der Bewilligung offen formuliert:

- Für die Getränkeausgabe sind Mehrwegbecher zu verwenden. Für Speisen ist Mehrweggeschirr oder zumindest recyclebares (abbaubares/kompostierbares) Geschirr/Besteck verwenden.

Dieser Grundsatz ist auch bei Grossanlässen konsequent durchzusetzen.

Auch mit der reglementarischen Gebührenerhebung hat alles seine Richtigkeit. Gleichzeitig werden die Veranstaltenden darauf aufmerksam gemacht, dass sie beim Stadtpräsidenten ein Erlassgesuch stellen können.

Es sind keine Empfehlungen zu formulieren.

---

## F. - Markt - Gewerbe - Pilzkontrolle

### Fazit

Für das Marktwesen findet das Marktreglement vom 12. Dezember 2002 Anwendung. Aufgrund der Feststellungen der GPK läuft dieser Bereich sehr gut. Eine gelegentliche Unzufriedenheit - zum Beispiel mit der Standortzuteilung - kann jeweils einvernehmlich gelöst werden. Die Zulassung ist der Grösse bzw. Kleinheit des Grenchner Marktes angepasst. Interessant ist die Praxis - namentlich für den Wochenmarkt - zwar neue, aber attraktive Angebote zuzulassen und möglichst Mehrfachangebote «vom Gleichen» zu vermeiden.

Auch die administrativ zugewiesene Pilzkontrolle funktioniert und scheint auf die nächsten Jahre hin gesichert.

Es sind keine Empfehlungen zu formulieren.

## G. Littering (Umwelt)

### Fazit

Dieser, dem Polizeiinspektorat neu zugewiesene Bereich ist noch etwas unscharf. Zum einen ist der Begriff «Umwelt» zu hoch gegriffen und der Begriff «Littering» zu tief. Im Wesentlichen geht es vor allem darum, gegen die *illegale Abfallentsorgung* vorzugehen und Massnahmen gegen das eigentliche *Littering (die Vermüllung)* der Stadt einzuleiten.

Gegen die in der Umweltschutzgesetzgebung genannten Gefahren wie Pestizide auf Feldern, Giftstoffe in Bächen und Flüssen, Verunreinigungen im Trinkwasser, Schadstoffe und Rückstände in Lebensmitteln, Luftbelastungen - und Lärmbelästigungen sind andere Stellen und Verfahren vorgesehen.

### Abfallentsorgung

Nach § 2 Abs. 1 des Reglements über die Abfallentsorgung vom 29. September 1993 Stand: 1. Januar 2005 sorgt die Stadt dafür, dass Siedlungsabfälle sowie Kleinmengen von Sonderabfällen geordnet gesammelt und ihren Eigenschaften und ihrer Zusammensetzung entsprechend behandelt werden.

Nach § 13 Absatz 1 ist für die Organisation und die Überwachung der Entsorgung der Siedlungsabfälle die Baudirektion zuständig, soweit in diesem Reglement nichts anderes bestimmt wird.

Gemäss Auskunft des Leiters Polizeiinspektorat wird die Baudirektion bei der Feststellung und Untersuchung der illegalen Abfallentsorgung unterstützt. Das Vorgehen wurde ausführlich beschrieben und ist zweckmässig.

Bis anhin ist der Sanktionsrahmen allerdings klein. So wird, wer nach § 16 dieses Reglements gegen die Pflicht zur Benützung der vorgesehenen öffentlichen Entsorgungswege verstösst, durch *den Friedensrichter* mit einer Busse bis zu Fr. 300.— bestraft. Vorbehalten bleibt die Anwendung der Strafbestimmungen des kantonalen oder eidgenössischen Rechts.

Hier scheint sich die Stadt Grenchen auf die blosser Ordnungswidrigkeit zurückgezogen zu haben. § 169 des kantonalen Gesetzes über Wasser, Boden und Abfall (GWBA) vom 04.03.2009 (Stand 01.01.2018 - BGS 712.15) liesse jedoch bei illegaler Abfallentsorgung weit höhere Bussen zu:

«Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen dieses Gesetz, seine Ausführungsvorschriften oder eine gestützt darauf erlassene Verfügung verstösst oder Abfälle im öffentlichen Raum liegen lässt oder wegwirft, wird mit Busse bis zu 5'000 Franken, im Wiederholungsfall bis zu 20'000 Franken, bestraft».

Die Einleitung dieses Verfahrens setzt aber eine Anzeige voraus – nötigenfalls auch gegen Unbekannt. Allenfalls lässt das revidierte Umweltschutzgesetz des Bundes – sofern es denn in Kraft tritt – noch höhere Sanktionen zu. Zumindest ist auch zu überlegen, beim Kanton vorstellig zu werden, um die Bussen zu erhöhen. Der Kanton Bern zum Beispiel sieht bei illegaler Abfallentsorgung in § 37 seines Gesetzes über die Abfälle Bussen bis zu CHF 40'000.- vor.

### Littering (*Ausführungen sinngemäss nach Bundesamt für Umwelt*)

Littering bezeichnet das Wegwerfen oder Liegenlassen kleinerer Mengen Siedlungsabfall (wie zum Beispiel Getränkedosen, PET-Flaschen, Take-away-Verpackungen, Zeitungen oder Zigarettenstummel) am momentanen Aufenthaltsort, ohne dabei die bereitstehenden Entsorgungsstellen zu benutzen.

Die **Ursachen** für Littering sind vielfältig. Viele Aktivitäten verlagern sich aus dem privaten Bereich in die Öffentlichkeit (das Picknick auf der Parkbank, das gemütliche Beisammensein am Seeufer). Ein weiterer Grund findet man in der geringeren sozialen Kontrolle, die Anonymität erhöht die Wahrscheinlichkeit des Litterings. Ein Phänomen, das durch Gruppeneffekte verstärkt werden kann. Die persönliche Werthaltung definiert wesentlich den Umgang mit Littering.

Die **Auswirkungen** des Litterings lassen sich in drei Kategorien aufteilen:

- Ästhetische Auswirkungen: Sauberkeit ist ein wesentlicher Bestandteil und wichtiger Aspekt für die Lebensqualität der Bevölkerung und das Image einer Stadt. Littering ist eine «optische Belästigung» und beeinträchtigt somit die Qualität eines Lebensraumes.
- Ökologische Auswirkungen: «Gelitterte» Materialien (zB. Getränkedosen) werden der Wiederverwertung entzogen. Littering ist auch eine Gefährdung für Tiere und Pflanzen.
- Ökonomische Auswirkungen: Littering ist teuer. Die Reinigungskosten sind hoch. Zusätzlich fallen Kosten für Präventionsmassnahmen und Aufklärungskampagnen an.

Als **Massnahmen** gegen Littering drängen sich die «altbekannten» Vorgehensweisen auf:

- Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung
- Information und Bildung
- Sanktionen

#### *Präventionsmassnahmen*

In Grenchen ist der Präventionsbereich Öffentlichkeitsarbeit (auch Clean-Up-Day, Raumpartnerschaften), Sensibilisierung, Information und Bildung sehr gut ausgestaltet. Dies trägt der Stadt denn auch das «No-Littering-Label» ein, das die IG saubere Umwelt (IGSU) der Schweiz jährlich verleiht. Die GPK vermisst dabei aber zum Zeitpunkt der Überprüfung, dass die Stadt offenbar bis jetzt noch nicht an der kantonalen Kampagne [«zeige-groesse»](#) teilnimmt.

#### *Sanktionen*

Allerdings wirken Präventionsmassnahmen immer etwas zahnlos, wenn sie nicht mit Sanktionen kombiniert werden. Hier scheinen bis jetzt den Gemeinden und dem Kanton die Hände gebunden, weil der Strafraum Bundessache sei. So auch die ablehnende Antwort des Regierungsrates des Kantons Solothurn RRB Nr. 2022/54 vom 18. Januar 2022 - A 0181/2021 (BJD) auf einen Auftrag von Richard Aschberger mit dem Titel: «Littering endlich so bestrafen, damit es eine Wirkung erzielt».

Immerhin hat mittlerweile die Bundesversammlung das Umweltschutzgesetz mit einer Änderung vom 15. März 2024 ein **bundesrechtliches Verbot von Littering** (Art. 31b Abs. 7) verankert und mit einem Artikel 61 Absatz 4 ergänzt, welcher zaghaft mit Busse bis zu 300 Franken bestraft, wer widerrechtlich vorsätzlich oder fahrlässig Abfälle, selbst kleine Mengen, wegwirft oder liegenlässt.

#### **Empfehlung**

7. Das städtische Reglement über die Abfallentsorgung vom 29. September 1993 ist zu revidieren.
8. Beim Kanton ist darauf hinzuwirken, die Bussen bei illegaler Abfallentsorgung zu erhöhen.
9. Illegale Abfallentsorgung ist konsequent - über Kantonspolizei/Staatsanwaltschaft - anzuzeigen.

## **H. Rettungsdienst**

#### **Fazit**

Die GPK hat sich über die organisatorische Einbettung des Rettungsdienstes und den strukturellen Aufbau orientieren lassen. Nicht geprüft hat die GPK aber das Funktionieren und die Abläufe des Rettungsdienstes. Immerhin resultiert aus der Präsentation und der Befragung eine Empfehlung zur Selbstständigkeit des Rettungsdienstes

### Empfehlung

10. Die GPK empfiehlt, den Rettungsdienst in geeigneter Form zu verselbständigen. Dieser soll aber administrativ dem Polizeiinspektorat, bzw. einer neuen Abteilung Sicherheit zur Zusammenarbeit zugewiesen sein.

## I. Einwohnerdienste: Einwohnerkontrolle und Bestattungswesen

### Fazit

Die GPK hat sich über die organisatorische Einbettung der Einwohnerdienste und den strukturellen Aufbau orientieren lassen. Nicht geprüft hat die GPK aber das Funktionieren und die Abläufe der Einwohnerdienste. Organisatorisch lässt sich fragen, ob die Einwohnerdienste nicht - wie schon gehabt - der Stadtkanzlei unterstellt werden sollen. Allerdings sprechen auch stichhaltige Gründe dafür, die Einwohnergemeinde unter dem «polizeilichen» Aspekt dem Polizeiinspektorat zuzuweisen.

### Empfehlung

11. Die Einwohnerdienste sollen nicht zum Spielball von Organisationsüberprüfungen und -zuweisungen sein, sondern beim Polizeiinspektorat verbleiben.

## J. start.integration

### Fazit

Die GPK hat sich schon beim Audit «Stadtkanzlei/Stadtschreiberin/Wifö/KSF mit dem Thema auseinandergesetzt. Schnittstellen ergeben sich hier nur zur Adressdatenbank der Einwohnerdienste. Wie von der GPK bereits vorgeschlagen, ist der Bereich Integration und damit auch start.integration in ein Leistungsfeld «Gesellschaftsfragen» zu integrieren.

Das Aufgabengebiet ist hier nicht weiterzuverfolgen. Es sind keine Empfehlungen zu formulieren.

Freundliche Grüsse

Für die Geschäftsprüfungskommission Grenchen GPK



Marcel Chatelain-Ammeter  
Präsident

### Geht an

Stadtpräsident für sich und zuhänden  
Gemeinderat (Verteiler Stadtkanzlei)  
Stadtschreiberin  
Leiterin Stadtkanzlei  
Abteilungsleiter Polizeiinspektorat  
Mitglieder GPK  
Sekretariat GPK

per E-Mail